

# Unsere Währung schützen – Entschlossen handeln

Die Finanzminister der Europäischen Union haben einen in der EU-Geschichte bislang einmaliges Sicherungspaket vereinbart, um die Stabilität des Euro zu sichern. Schnelles und deutliches Handeln war wegen der breiten Angriffe von Spekulanten auf unsere Währung unabweisbar geboten. Die CDU unterstützt dieses Stabilitätspaket, weil es um den Schutz unserer Währung und damit um elementare Interessen unseres Landes geht.

Was ist bisher geschehen?

Am Freitagnachmittag (7. Mai 2010) haben Spekulanten auf den Finanzmärkten einen breiten Angriff auf die spanischen und portugiesischen Staatsanleihen gestartet. Es war zu befürchten, dass nach Öffnung der Finanzmärkte am Montagmorgen (10. Mai 2010) die Zahlungsfähigkeit dieser Länder in Frage gestellt worden wäre. Dies hätte den Dominoeffekt in der Euro-Währungszone ausgelöst, der gerade mit dem Nothilfeprogramm für Griechenland abgewendet werden sollte. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, hat daher die Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe auf ihrem Treffen am Abend des 7. Mai 2010 aufgefordert, nicht nur für Griechenland, sondern einen Rettungsschirm für den gesamten Euro-Währungsraum aufzuspannen, der groß genug sein musste, um den Spekulanten wirksam entgegen treten zu können. Rechtzeitig vor Öffnung der asiatischen Finanzmärkte am Montagmorgen (10. Mai 2010) haben daher in einer konzertierten Aktion die EU-Finanzminister, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die EZB ein bisher beispielloses Sicherungspaket im Umfang von 750 Milliarden Euro geschnürt.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen?

60 Milliarden Euro stellt die Europäische Kommission mit Hilfe eines Notfallfonds bereit. Für weitere 440 Milliarden Euro geben die Euro-Mitgliedsstaaten Garantien über eine Zweckgesellschaft. Für Deutschland ergibt sich ein maximales Garantievolumen von knapp 150 Milliarden Euro. Zusätzlich stellt der IWF mindestens 250 Milliarden Euro bereit. Seine Einbeziehung dient vor allem auch einer zusätzlichen Sicherstellung harter Konditionen für die Länder, die den Rettungsschirm in Anspruch nehmen sollten.

Die Staats- und Regierungschefs der Euroländer beschlossen – über das Griechenland-Hilfsprogramm hinausgehend – ebenfalls, ihre Haushaltskonsolidierung im Einklang mit

den Defizitverfahren zu beschleunigen. Die Euro-Mitgliedstaaten unterstützen uneingeschränkt die Maßnahmen der EZB zur Stabilisierung des Euro, wie den freiwilligen Aufkauf von Staatsanleihen von Euro-Mitgliedstaaten. Dabei achtet die EZB darauf, dass durch Kompensationsgeschäfte die Geldmenge im Euro-Raum gleich bleibt und damit einer Inflationsgefahr entgegengetreten wird.

Darüber hinaus vereinbarten die Staats- und Regierungschefs, die Wirtschaftspolitik der einzelnen Euro-Länder stärker zu beaufsichtigen und zu koordinieren. Dabei geht es auch darum, deren Auswirkungen auf Schuldenstand und Wettbewerbsfähigkeit stärker im Blick zu haben. Ferner wollen sie die Regeln zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verschärfen, unter anderem durch wirksamere Sanktionen. Dazu können aus Sicht der CDU-geführten Bundesregierung Kürzungen der EU-Strukturmittel und ein Stimmrechtsentzug für chronische Defizitländer genauso gehören wie ein geordnetes Insolvenzverfahren für betroffene Staaten, bei dem insbesondere Spekulanten auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen.

Strenge Regeln gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten müssen rasch umgesetzt werden. Bei der Regulierung der Finanzmärkte will die EU jetzt vor allem die Transparenz und die Beaufsichtigung der Märkte für Derivate (Derivate sind Finanzinstrumente, deren Preis oder Wert von den Kursen oder Preisen anderer Handelsgüter, Vermögensgegenstände oder von marktbezogenen Referenzgrößen wie Zinssätze abhängt) vorantreiben. Wir brauchen zudem eine noch strengere Regulierung für private Rating-Agenturen sowie die Einrichtung einer Europäischen Rating-Agentur.

Wir wollen eine international abgestimmte Bankenabgabe, die in einen Stabilitäts-Fonds einfließen soll, damit sich der Finanzsektor bei künftigen Krisen selbst helfen kann. Wir prüfen eine internationale Finanzaktivitätsteuer, die sich an Gewinn und Gehältern in den Finanzinstitutionen orientiert.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betont, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union den gemeinsamen politischen Willen gezeigt haben, alles für die Stabilität der gemeinsamen Währung zu tun. „Das ist eine entschlossene und auch geschlossene Botschaft an diejenigen, die glauben, Europa schwächen zu können“, so die Bundeskanzlerin.

Das Bundeskabinett hat das Rettungspaket bereits am 11. Mai 2010 in einer Sondersitzung verabschiedet. Das erforderliche Gesetz wird nun in den nächsten regulären Sitzungswochen des Deutschen Bundestages und des Deutschen Bundesrates gründlich beraten und zügig beschlossen werden.

#### Position der CDU

Die geplanten Maßnahmen sind ein Schutzschirm für das Geld und die Ersparnisse der Menschen in Deutschland. Es geht darum, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Nur eine stabile Währung schafft Vertrauen und sichert den Wohlstand aller Bürger. Die CDU hat das Ziel, dass Deutschland und Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen. Es darf nicht mehr zu einer Situation kommen, in der die Zahlungsfähigkeit eines Euro-Mitgliedstaates und damit die Stabilität des Euro und der Euro-Währungszone insgesamt in Frage gestellt werden kann.

Die CDU wird auch weiterhin darauf achten, dass keine Blanko-Schecks ausgestellt werden. Nur, wenn ein Staat durch die jüngsten Finanz-Spekulationen ernstlich bedroht wird, kann er als „ultima ratio“ Unterstützung erhalten. Voraussetzung für die Hilfe ist, dass der betroffene Euro-Staat mit dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank ein wirtschafts- und finanzpolitisches Programm vereinbart. Dieses bedarf der Genehmigung durch alle anderen Länder des Euro-Gebiets. Deutschland behält damit ein klares Einspruchsrecht. Die Hilfe ist bis zum Jahr 2013 befristet.

Für die CDU steht fest: Hilfe in der Not reicht nicht. Es gilt, die Probleme an der Wurzel anzugehen. Das heißt, dass die Finanzmärkte wirksam überwacht und reguliert werden. Europa darf nicht auf Pump leben: Das heißt, dass die Haushalte in der EU in Ordnung gebracht werden müssen. In Deutschland hat die CDU die Schuldenbremse durchgesetzt.

Wir stehen für Stabilität und Solidarität in Europa. Wir schützen unsere gemeinsame Währung für die Menschen in Deutschland.